

Beschlussbuch



Erweiterter Landesausschuss
der Jusos Sachsen

Leipzig, 29. November 2008

Übersicht

Block	A-Nr.	Titel	Antragsteller	Seite
Organisation	O 10	Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Migrationshintergrund (ASM)	Dresden	13
Organisation	O 11	Her mit der richtigen Quote – Schluss mit dem Blödsinn	Leipzig	13
Organisation	O 13	Gute Arbeit konkret- Faire Regeln für Praktika	Chemnitz	15
Bildung	B 6	Förderung von männlichem Lehrpersonal in sächsischen Kitas und Grundschulen	Dresden	22
Bildung	B 9	Veränderung der Berechnung des BAföG-Mietzuschusses für Eltern	Chemnitz	24
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 1	Impulse von Hamburg nutzen	LaVo	28
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 3	Sozialticket	LaVo	34
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 7	Gerecht ist, wenn auch die Unternehmen zahlen: Besteuerung von Aktienemissionen	Mittelsachsen	49
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 8	Zusatzrenten	Meißen	50
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 12	Kreditverkauf	Mittelsachsen	53
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 15	Für mehr Frauen in Führungsverantwortung	Chemnitz	56
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 16	„Für Zuckertüten und Klassenfahrten“ – Einmalzahlungen an EmpfängerInnen von Sozialleistungen sollen wieder eingeführt werden	Dresden	57
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 17	Urlaub	Mittelsachsen	58
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 18	Anerkennung des Mediums ‚Internet‘ als Grundbedarf	Chemnitz	59
Sozial- und Wirtschaftspolitik	SW 19	Stromnetz	Mittelsachsen	60
Innenpolitik	I 3	Keine Kindersoldat(inn)en in der Bundeswehr	Leipzig	70
Innenpolitik	I 4	Öffentlicher Rundfunk	Mittelsachsen	71
Innenpolitik	I 5	Coole Kids tragen kein „Thor Steinar“	Dresden	74
Innenpolitik	I 6	Der CDU geht's um die Macht, uns gehts um Sachsen	Dresden	75

Innenpolitik	I 7	Akzeptanz und Sensibilität für eine geschlechtergerechte Sprache	Chemnitz	76
Innenpolitik	I 8	PraktikantInnensituation in Sachsen- Erst evaluieren, dann handeln	Chemnitz	76
Innenpolitik	I 10	Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände	Nordsachsen	78
Innenpolitik	I 11	Religionsdatenbank	Mittelsachsen	79
Innenpolitik	I 12	Umstellung der Schulen des Freistaats Sachsen auf freie und Open Source Software, offene Dateiformate und das Betriebssystem Linux.	Meißen	80
Innenpolitik	I 13	Beendigungsgesetz zum Berlin-Bonn-Gesetz	Nordsachsen	81
Innenpolitik	I 14	Erweiterung der SächsGemO § 44	Nordsachsen	82
Innenpolitik	I 15	Religionsbild	Mittelsachsen	83
Umwelt- und Verbraucherpolitik	UV 1	Biosprit keine Alternative	LaVo	84
Umwelt- und Verbraucherpolitik	UV 4	Stopp dem Spritwahnsinn – Prüfung der Spritpreisregulierung	Zwickau	88
Umwelt- und Verbraucherpolitik	UV 5	Nutzung von erneuerbaren Energien in öffentlichen Gebäuden	Nordsachsen	88
Umwelt- und Verbraucherpolitik	UV 6	Nichtraucherschutz	Mittelsachsen	89
Umwelt- und Verbraucherpolitik	UV 7	Kennzeichnungspflicht für vegetarische und vegane Lebensmittel	Nordsachsen	90

Antrag: O 10

Titel: Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Migrationshintergrund (ASM)

Der SPD-Bundesvorstand möge beschließen:

Der Bundesvorstand der SPD möge die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Migrationshintergrund“ (ASM) prüfen und durchführen.

Antrag: O 11

Titel: Her mit der richtigen Quote – Schluss mit dem Blödsinn

Die Jusos Sachsen fordern den SPD Bundesvorstand auf, die bisher in der Arbeitsgemeinschaft „Jusos“ übliche Frauenquote auch in die nunmehr für die Jusos gültigen Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften der SPD aufzunehmen und damit für alle Gliederungen der Jusos wieder verbindlich zu machen.

Sollte diese Veränderung nicht möglich sein, fordern wir die SPD auf, das Wahlstatut in der Form zu ändern, dass nunmehr für die gesamte SPD eine Frauen- statt einer Geschlechterquote gilt.

Antrag: O 13

Titel: Gute Arbeit konkret: Faire Regeln für Praktika.¹

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern den SPD-Landesvorstand auf, den eigenen Forderungen zu „Faire Regeln für Praktika“ gerecht zu werden und die PraktikantInnen in der Landesgeschäftsstelle und in den Regionalgeschäftsstellen gerecht zu entlohnen.

¹ Flugblatt der Woche vom 29.4.2008 www.spd.de

Antrag:

B 6

Titel: Konkrete Maßnahmen zur Förderung von männlichem Lehrpersonal in sächsischen Kitas und Grundschulen

Die Landtagsfraktion und der sozialdemokratische Teil der Landesregierung werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in den sächsischen Kindertagesstätten eine Geschlechterquote von 40% der ErzieherInnen eingeführt wird. Gleichzeitig soll eine stärkere Nutzung des Boys Days erfolgen um junge Männer aktiv an Erziehungsberufe heranzuführen.

Antrag:

B 9

Titel: Veränderung der Berechnung des BAföG-Mietzuschusses für Eltern

Die SPD-Bundestagsfraktion möge beschließen:

Die Berechnung der Mietkosten für Unterkunft und Nebenkosten entsprechend des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) ist dahingehend zu ändern, dass in die Berechnung lediglich diejenigen im Haushalt wohnenden Kinder einbezogen werden, die entsprechend den Regularien der Familienkasse ein ausreichendes eigenes Einkommen erwirtschaften (7600 Euro jährlich).

Antrag: SW 1**Titel: Impulse von Hamburg nutzen****Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und an die sozialdemokratischen Teile der Bundesregierung mögen beschließen:**

Wir fordern:

eine Reform der Arbeitsmarktpolitik in folgenden Punkten:

Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetz dahingehend, dass Befristungen ohne Sachgrund zukünftig verboten sind.

im Bereich der Leiharbeit sofortige Durchsetzung des Prinzips „gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen“ (equal pay – equal treatment), die Wiedereinführung des Synchronisations- und Wiedereinstellungsverbots und eine gesetzliche Höchsteinsatzfrist für Leiharbeitskräfte

Durchbrechen der starren Einteilung in Vollzeit- und Teilzeitarbeitsverhältnisse in der Arbeitszeitpolitik. Es muss sich ein Arbeitszeitregime durchsetzen, dass es ermöglicht, den zeitlichen Umfang der zu leistenden Arbeit an den individuellen Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen auszurichten, ohne dass diese über Benachteiligung im sozialversicherungspflichtigen Bereich Defizite in ihrer sozialen Absicherung hinnehmen müssen .

Entwicklung eines Konzeptes zur Förderung von Beschäftigungsperspektiven im Rahmen des öffentlichen Beschäftigungssektors

eine Veränderung der Rentenpolitik gerade im Hinblick auf die „Rente mit 67“:

Schluss mit dem „demografischen Determinismus“ und Einleitung einer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die einen Abbau der Arbeitslosigkeit und ein hohes Beschäftigungsniveau zum Ziel hat. Die Rente mit 67 ist in diesem Zusammenhang zurück zu nehmen, da die kurzfristige Ausrichtung dieser Maßnahme einzig Altersarmut und soziale Ungerechtigkeit in der Bundesrepublik fördert und eine getarnte Rentenkürzung darstellt.

Notwendig wird eine Arbeits-, Beschäftigungs- und Arbeitszeitpolitik, die älter Beschäftigte hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Konstitution, ihres beruflichen Leistungspotenzials und ihrer qualifikatorischen Fähigkeiten in die Lage versetzt, betrieblichen Anforderungen zu entsprechen. Ein Fokus sollte auf die Verstärkung der betrieblichen wie außerbetriebliche Maßnahmen zur Qualifikationsanpassung und -erhaltung über alle Altersstufen hinweg gelegt werden. Weiterhin ist eine Intensivierung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen unerlässlich.

Antrag: SW 3**Titel: Sozialticket**

Die Jusos Sachsen fordern die SPD Landtagfraktion auf sich für die Einführung eines Sozialtickets für Sachsen ab 2010 einzusetzen.

Das Ticket soll für jeweils ein Verbundgebiet (ZVON, VVO, ZVNL/MDV, VMS, VVV) gelten.

Ticketberechtigt sollen die Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis

des Sozialtickets soll 50% des jeweiligen günstigsten Monatsticket innerhalb des Verbundgebietes nicht überschreiten.

Antrag: SW 7

Titel: Gerech ist, wenn auch die Unternehmen zahlen: Besteuerung von Aktienemissionen

Die Jusos Sachsen fordern die Besteuerung bei der Ausgabe von Unternehmensanteilen, die bei einer Erstaussage oder Kapitalerhöhung an der Börse gegen Kapital angeboten werden.

Antrag: SW 8

Titel: Zusatzrenten für ehrenamtliche HelferInnen insbesondere für Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren, des THW und des Rettungsdienstes

Die SPD-Landtagsfraktion und der sozialdemokratische Teil der Landesregierung möge beschließen:

Wir fordern, dass die Arbeit von ehrenamtlichen HelferInnen insbesondere Mitglieder von Freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und des Rettungsdienstes zukünftig durch eine zeitabhängige Aufwandsentschädigung entlohnt wird. Zudem sollen die ehrenamtlichen Mitglieder von einem Ehrenamtspass profitieren, der ihnen vergünstigten oder kostenfreien Eintritt in staatliche Einrichtungen gewährt. Ein solcher Pass muss landesweit eingeführt werden. Außerdem sollen für diese Zusatzrenten, gestaffelt nach geleisteten Dienstjahren und geleisteten Einsatzstunden, beschlossen werden. Entsprechende Gesetzesvorschläge sind im Landtag und im Bundesrat anzuregen.

Antrag: SW 12

Titel: Dämmt den Kreditverkauf ein

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Die Jusos fordern, dass ein Weiterverkauf von Krediten jeder Art durch Kreditinstitute, nur dann erlaubt ist, wenn die Kundin unmittelbar vor dem Weiterverkauf ausdrücklich zustimmt. Zudem muss die Kreditkäuferin im Vorfeld der Kreditnehmerin gegenüber bekannt geben, ob er die vereinbarten Konditionen anerkennt und entsprechend weitergeführt werden. Die Jusos Sachsen fordern, den Kreditweiterverkauf zu erschweren, indem Institute, die Kredite verkaufen, weiterhin mit 20 % am Kreditausfallrisiko beteiligt bleiben.

Antrag: SW 15**Titel: Für mehr Frauen in Führungsverantwortung**

Wir fordern die sächsischen Abgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die Einführung einer Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsratsgremien in Kapitalgesellschaften einzusetzen.

Antrag: SW 16**Titel: „Für Zuckertüten und Klassenfahrten“ – Einmalzahlungen an EmpfängerInnen von Sozialleistungen sollen wieder eingeführt werden****Die SPD-Bundestagsabgeordneten mögen beschließen:**

1. Einmalige finanzielle Hilfeleistungen für EmpfängerInnen von Leistungen nach dem „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) sollen umfassend eingeführt werden.
2. Diese Einmalzahlungen sollen zur minimalen Kostendeckung geleistet werden für:
 - a.) Einmalige Ereignisse für Kinder und Jugendliche (Schuleinführung, Jugendweihe oder Vergleichbares, Klassenfahrten, Schulabschluss usw.)
 - b.) Große notwendige Einrichtungsgegenstände (Betten, Kühlschrank, Herd) Bei technischen Geräten müssen diese einen umweltfreundlichen Mindeststandard erfüllen (z.B. mind. Umweltrating A+)
3. Diese Einmalzahlungen sollen als pauschale Vorauszahlungen geleistet werden. Hierfür werden in Nachhinein Belege eingefordert.

Antrag: SW 17**Titel: Arbeitsfähigkeit erhalten – Urlaub erhöhen****Der Bundeskongress möge beschließen:**

"Die Jusos fordern die Erhöhung des gesetzlichen Mindesturlaubsanspruchs nach § 3 I Bundesurlaubsgesetz von 24 auf 30 Tage."

Antrag: SW 18**Titel: Anerkennung des Mediums ‚Internet‘ als Grundbedarf****Die Bundestagsfraktion möge beschließen:**

Das Internet ist in seiner Ganzheit bereits gegenwärtig und perspektivisch zunehmend als Medium der Medien, also als bisherige Medien zu weiten Teilen vereinnahmend anzuerkennen und in dieser Funktion und deren Folgen zu beachten. Die gestiegene und ungeahnte Bedeutung des Mediums in einer Vielzahl lebensweltlicher Kontexte erfordert eine neue Prioritätensetzung. Erste Schritte dazu stellen die Aufnahme eines Breitbandinternetzugangs in den Grundversorgungskatalog zur Daseinsfürsorge und den folglich Einbezug der Anschlusskosten für den günstigsten am Markt erhältlichen Breitbandinternetanschluss in die Berechnung des ALG II dar. Diese Manifestation bestehender Einzelmaßnahmen zur Schließung der Digitalen Kluft werden flankiert von einer sukzessiv zu realisierenden staatlichen Bereitstellung kostenfrei nutzbarer Netze als BürgerInnenrecht.

Antrag: SW 19**Titel: Mehr Staat wagen – auch beim Strom****Die Bundestagsfraktion sowie der sozialdemokratische Teil der Bundesregierung möge beschließen:**

Wir fordern, die Ankündigung der großen Deutschen Stromkonzerne, ihre Netze zu veräußern, dazu zu nutzen, die deutschen Hochspannungsnetze zu verstaatlichen. Dies befreit die Stromkonzere aber nicht davon, die dringend notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen zu finanzieren. Daher sind die Betreibergesellschaften zu diesen Maßnahmen hinzu zu ziehen und einer einseitigen Kostenübernahme der öffentlichen Hand ist eine Absage zu erteilen.

Antrag: 13**Titel: Keine KindersoldatInnen in der EU!****Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:**

Die Jusos ordern den Bundestag und die Bundesregierung auf, die Altersgrenze für die freiwillige Rekrutierung von Soldat/innen in die Bundeswehr auf 18 Jahre anzuheben. Die Bundesregierung soll sich auch dafür einsetzen, die Ausbildung von Minderjährigen an der Waffe europaweit zu verbieten. Entsprechende Vorlagen sind im europäischen Parlament und der Kommission einzubringen.

Das Verbot der Rekrutierung Minderjähriger wäre ein weiterer Schritt in Richtung einer Entmilitarisierung der Gesellschaft, die wir Jusos schon mit unserer Forderung nach einer Abschaffung der Wehrpflicht anstreben. Langfristig wollen wir in einer Welt leben, die die Existenz von Armeen grundsätzlich überflüssig macht.

Antrag: 14**Titel: Die Zukunft des Öffentlichen Rundfunks****Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:**

Die Jusos fordern die Bundesländer auf, die Einhaltung des öffentlichen Auftrags der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sicher zu stellen. Dabei muss dem Bildungsauftrag und dem Erhalt der Meinungsvielfalt wieder größere Beachtung geschenkt werden. Es ist wichtig, dass breitere Bevölkerungsschichten von den Programmen angesprochen werden und so alle Altersgruppen vom öffentlichen Auftrag profitieren.

Die Einschaltquote als alleiniges Steuerungsinstrument für die Ausstrahlung von Sendungen muss überdacht und dem teuren Wucher um Übertragungsrechte ein Ende gesetzt werden. Der Öffentliche Rundfunk muss keine Übertragungsrechte erwerben, von Formaten, die private Sendeanstalten mit gleicher Qualität und im allgemeinen Interesse wiedergeben können. Vielmehr muss der Öffentliche Rundfunk dort einspringen, wo ein Informationsdefizit besteht oder eine interessenausgleichende, allgemeine und breite Berichterstattung nicht vorhanden ist.

Eine gleichzeitige Ausstrahlung des selben Programms (z.B. bei Live-Übertragung) von mehreren öffentlich-rechtlichen Sendern ist weder nötig noch sinnstiftend.

Wir Jusos fordern voneinander unterscheidbare, sehenswerte und qualitativ hochwertige Sendeprogramme, die im Sinne der GebührenzahlerInnen liegen. Synergieeffekte z.B. bei ReporterInnen, ModeratorenInnen, KommentatorInnen, TechnikerInnen und Technik sollen bei Übertragungen an gleichen Orten verstärkt genutzt werden.

Die Anforderungen an den Öffentlichen Rundfunk müssen wieder steigen – und erfüllt werden. Eine langfristige Qualitätssicherung ist uns wichtig. Wir Jusos Sachsen stehen zum gebührenfinanzierten Öffentlichen Rundfunk. Wir Jusos Sachsen wissen, dass eine breite Berichterstattung jetzt und in Zukunft nicht ohne das Internet funktionieren kann. Der öffentliche Rundfunk soll in der Lage sein, alle medialen Wege nutzen zu können, um seine

Inhalte zu verbreiten und der Verbraucherin damit eine komplettere Lösung anbieten zu können. Die Zukunftsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist uns wichtig.

Antrag:	15
----------------	-----------

Titel: Coole Kids tragen kein „Thor Steinar“

Die Jusos Sachsen sprechen sich dafür aus, das Tragen von Kleidungsstücken, deren Herstellung, Vertrieb und/oder Zielgruppen in der rechtsextremen Szene angesiedelt sind, flächendeckend bei sächsischen Sportveranstaltungen zu verbieten.

Dazu ist eine Kommission zu bilden, die in Zusammenarbeit mit Experten im Bereich ‚rechtsradikaler Kultur‘ eine stringente Liste mit Labels und Zeichen erstellt, die zu verbieten sind.“

Dieses Verbot soll in Form einer Änderung der Stadion/Hallen- oder Veranstaltungsordnung, gemeinsam mit den Vereinen, mit Fanprojekten und Fans erreicht werden.

So soll für das Problem rechter Fankultur sensibilisiert werden. Eine mögliche Abwehrhaltung bei den Fans, wie sie durch das Anstreben von staatlicher Repression zu erwarten wäre, soll durch das gemeinsame Handeln verhindert werden. Eine mögliche Verbots-Kampagne ist daher durch Aufklärungsarbeit und gemeinsame Aktionen mit Vereinen, Fans und Fanprojekten zu begleiten. Es ist zudem darauf hinzuwirken, dass Vereine, die offensichtlich der rechtsextremen Szene nicht abgeneigt sind (Sponsoring, bestimmte Securitys, kein Verbot der Labels etc.) zukünftig keine finanzielle Förderung durch Kommune, Land oder Bund mehr erfahren. Ein indirektes Fördern rechtsradikaler Kultur durch Steuern ist untragbar.

Antrag:	16
----------------	-----------

**Titel: Der CDU geht's um die Macht, uns geht's um Sachsen:
Wahlbeteiligung stärken**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung, die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger in den Kommunen sollen darauf hinwirken, dass der Freistaat Sachsen und die sächsischen Kommunen Maßnahmen ergreifen, um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen zu erhöhen. Dazu gehören beispielsweise einfache, und wirkungsvolle Maßnahme wie

- das Versehen aller Schreiben öffentlicher Stellen mit einer Signatur, die bei Aufführung der Wahltermine zur Beteiligung an den Wahlen ermuntert,

- das Versehen der Wahlbenachrichtigungen mit einer nachvollziehbaren und ausführlichen Information zum Gegenstand und zur Funktionsweise der jeweiligen Wahl,

- der Aushang von Darstellungen, die über die Wahl informieren und zur Beteiligung an den Wahlen ermuntern; in öffentlichen Einrichtungen wie Behörden, Schulen, Kindertagesstätten, Seniorenbegegnungsstätten, Bibliotheken, Kultureinrichtungen, Sportstätten, Krankenhäusern, Fahrzeugen des öffentlichen Personennahverkehrs.

Antrag: 17

Titel: Akzeptanz und Sensibilität für eine geschlechtergerechte Sprache

Die SPD-Landtagsfraktion möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion in Sachsen auf, sich für eine geschlechtergerechte Sprache in allen Dokumenten des Sächsischen Landtages und sächsischen Landesbehörden einzusetzen.

Antrag: 18

Titel: PraktikantInnensituation in Sachsen: Erst evaluieren, dann handeln

Die Landtagsfraktion sowie der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Die Landtagsfraktion und der Landesvorstand der SPD setzen sich dafür ein, dass die PraktikantInnensituation im öffentlichen Dienst in Sachsen evaluiert wird nach

- Art des Praktikums
- Dauer des Praktikums
- Art und Höhe der Entschädigung (Finanzielle, Fahrtkostenerstattung, u.a.)
- Berechnung eines durchschnittlichen Bedarfes an Finanzmitteln zur Deckung der Lebenshaltungskosten während der Dauer des Praktikums
- Berechnung der voraussichtlichen Kosten für das Land und die Kommunen sowie die Beschaffung solcher Mittel (wo diese Mittel eingespart werden können)

Antrag: 110

Titel: Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände

Die SPD-Landtagsfraktion sowie der SPD-Landesvorstand mögen beschließen:

Wir fordern die Einführung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände in Deutschland, analog zum Verbandsklagerecht für Naturschutzverbände.

Dieses Klagerecht umfasst insbesondere die juristische Vertretung der Tiere durch anerkannte Tierschutzverbände in Form einer Feststellungsklage bei behördlichen Maßnahmen, welche die Rechte und den Schutz der Tiere tangieren.

Diese Verbände müssen im Sinne der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland gemeinnützige Zwecke verfolgen und sich nach ihrer Satzung dauerhaft dem Schutz der Tiere widmen. Ferner müssen jene Verbände seit mindestens zwei Jahren sachsenweit tätig sein.

Die Anerkennung der klageberechtigten Vereine bzw. Verbände obliegt dem sächsischen Sozialministerium. Dabei sei durch das Ministerium zu prüfen, ob der Verband in der Lage ist, seine Aufgaben sachgerecht durchzuführen.

Antrag:	I 11
----------------	-------------

Titel: Religion ist Privatsache – gegen eine Religionsdatenbank

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Wir fordern die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion auf, sich gegen eine geplante bundesweite Datenbank auszusprechen, in der die Religionszugehörigkeit aller BunderbürgerInnen gespeichert werden sollen.

Antrag:	I 12
----------------	-------------

Titel: Umstellung der Schulen des Freistaats Sachsen auf freie und Open Source Software, offene Dateiformate und das Betriebssystem Linux.

Die SPD-Landtagsfraktion und der sozialdemokratischen Teil der Landesregierung mögen beschließen:

Wir fordern, dass die Schulen des Freistaats Sachsen auf freie und Open Source Software, offene Dateiformate und das Betriebssystem Linux umgestellt werden, sowie ein entsprechendes Schulungsprogramm für InformatiklehrerInnen angeboten wird.

Antrag:	I 13
----------------	-------------

Titel: Beendigungsgesetz zum Berlin-Bonn-Gesetz

Die SPD-Bundestagsfraktion möge beschließen:

Wir fordern ein Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz, das den jetzigen Zustand der Zweiteilung der Regierung zwischen Berlin und Bonn aufhebt und alle Regierungsbehörden endgültig nach Berlin umziehen lässt.

Antrag: I 14

Titel: Erweiterung der SächsGemO § 44

Die Stadt- und Gemeinderatsfraktionen der SPD in Sachsen möge beschließen:

Wir fordern, Schülern, die nicht Einwohner einer Gemeinde sind, dennoch den Zugang zu Jugendparlamenten bzw. deren Tätigkeit als Jugendstadträte in dieser Gemeinde zu ermöglichen, wenn sie eine Schule in dieser Gemeinde besuchen. Dies ist in den entsprechenden Satzungen oder der Geschäftsordnung festzustellen.

Antrag: I 15

Titel: Religionsbild der Jusos Sachsen

Die Jusos Sachsen erkennen, trotz einem Bekenntnis zu einem säkularen Staat mit einer strikten Trennung von Kirche und Staat, die sozialen Dienstleistungen aller anerkannten Religionsgemeinschaften an und setzen sich dafür ein, dass diese, unabhängig von der Religion gleichberechtigt weiterhin gefördert werden.

Antrag: UV 1

Titel: Biosprit keine Alternative

Die Jusos Sachsen setzen sich mit den Vor- und Nachteilen der Herstellung und Verwendung von Biosprit auseinander. Der Landesarbeitskreis Umwelt und Energie wird beauftragt, die Ergebnisse und Schlussfolgerungen dieser Diskussion in einem erneuten Antrag der nächsten Landesdelegiertenkonferenz vorzulegen.

Antrag: UV 4

Titel: Überprüfung der Kraftstoffpreise

Die SPD-Bundestagsfraktion möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird eine Arbeitsgruppe einberufen werden welche die rechtlichen Möglichkeiten zum Vorgehen gegen die Mineralölfirmen prüft.

Antrag: UV 5

Titel: Nutzung von erneuerbaren Energien in öffentlichen Gebäuden

Die SPD Landtagsfraktion möge beschließen:

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich für einen vermehrten Einsatz von Erneuerbaren Energien in Einrichtungen der Öffentlichen Hand.

Gleichzeitig fordern wir auf zu überprüfen, ob die Nutzung von erneuerbaren Energien als Kriterium für Fördertöpfe des Landes tauglich ist und in wie fern dieses ökologische Kriterium Berücksichtigung finden kann.

Antrag: UV 6

Titel: Rauch ist Rauch – einheitlicher Gesundheitsschutz

Die LDK Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Wir Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine einheitliche, klare Regelung beim Nichtraucherschutz für Gaststätten, Bars und Diskotheken einzusetzen.

Wir wollen keine Ausnahmen und setzen uns für ein komplettes Rauchverbot in geschlossenen, öffentlichen Räumen ein. So entfällt die Möglichkeit zur Einrichtung von Raucherräumen und es wird keine gesetzlichen Unterschiede zwischen großen und kleinen, Ein-oder Mehr-Raum-Lokalen mehr geben.

Wir Jusos Sachsen unterstützen ausdrücklich eine bundeseinheitliche Nichtraucherschutzregelung. Wir wollen keinen rechtlichen Flickenteppich.

Antrag:

UV 7

Titel: Kennzeichnungspflicht für vegetarische und vegane Lebensmittel

Der Bundeskongress möge beschließen:

Wir Jusos fordern eine Kennzeichnungspflicht für alle aus mehreren Komponenten weiterverarbeiteten Lebensmittel, so dass für den Endverbraucher sichtbar ist, in wie weit das Produkt dem vegetarischen oder veganen Standard entspricht.

So ist die Kennzeichnung der Produkte mit einem „V“ für vegetarisch und „VN“ für vegan denkbar.